

Liebe Kolleg\*innen,

erinnert ihr euch noch?

„**Because it´s 2015!**“ antwortete der damalige kanadische

**Premierminister Justin Trudeau**, als er auf sein

geschlechterparitätisch zusammengestelltes Kabinett angesprochen wurde.

Ich habe damals voll Anerkennung über den Atlantik geschaut. Nicht nur nach Kanada, das tue ich nach wie vor.

Sondern auch in die USA, die damals von **Barack Obama** regiert wurden, der den Europäern sicher näher war als mancher Präsident vor und nach ihm.

Aber ich habe auch **voller Zuversicht auf Deutschland** geschaut: Vollständige Gleichstellung von Männern und Frauen– so dachte ich jedenfalls damals – ist nur noch eine Frage der Zeit.

**Now it's 2025.** Und was soll man sagen?

Zehn Jahre später ist keine der alten Gewissheiten mehr da.

Die Demokratie der USA erodiert in atemberaubendem Tempo vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Abschottung durch Handelszölle gehen einher mit einer imperialistischen Außenpolitik.

Und wenn wir auf **Deutschland im Jahr 2025** blicken?

Diese Koalition verströmt **keinen gleichstellungspolitischen Aufbruch**. Erst das **Selfie der sechs männlichen Verhandlungsführer von CDU und CSU**. Nun ein **Koalitionsausschuss**, dem Gremium, das am Ende alle wichtigen Entscheidungen trifft, dem **11 Männer und nur eine Frau** angehören! Das ist wirklich skandalös!

Dennoch, liebe Kolleginnen, ist es unsere Aufgabe, mit dem an vielen Stellen durchaus soliden Koalitionsvertrag konstruktiv umgehen, unsere Positionen einzubringen und gerade die Zögerlichen vom **Mehrwert der Gleichstellung zu überzeugen.**

Eine unserer **Kernforderungen im Wahlkampf** waren signifikante Verbesserungen beim Elterngeld. Dazu findet sich auch Konkretes im Koalitionsvertrag.

Ganz in unserem Sinne soll das Elterngeld **zugunsten von mehr Partnerschaftlichkeit weiterentwickelt** werden.

Vorgesehen sind sowohl eine veränderte Anzahl und Aufteilung der Elterngeldmonate als auch eine erhöhte Lohnersatzrate sowie die spürbare Anhebung des Mindest- und des Höchstbetrages, die seit 2007 unverändert sind – und damit mehr als ein Viertel ihrer Kaufkraft eingebüßt haben.

Froh und stolz sind wir, dass sich unser Einsatz für **pflegende Beschäftigte** ausgezahlt hat: Das **Pflegezeit- und das Familienpflegezeitgesetz** sollen zusammengeführt und weiterentwickelt werden.

Und wir nehmen Ministerin Prien beim Wort, die Mitte Mai in einem Interview angekündigt hat, den Einstieg in ein Familienpflegegeld schaffen zu wollen. Wir lassen nicht locker und drängen auf **eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung für pflegende Beschäftigte**.

Für die **Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie** wurde mittlerweile eine Kommission einberufen, die sich am kommenden Donnerstag konstituieren wird und bei der ich den DGB vertreten werde.

Wichtig ist auch das klare Bekenntnis zur **Steigerung der Tarifbindung** und einem **Bundestariftreuegesetz**. Denn in **tarifgebundenen Unternehmen** erzielten Frauen in 2024 im Durchschnitt 4,39 Euro mehr Bruttostundenlohn als Frauen in nicht-tarifgebundenen Unternehmen.

Beim **Mindestlohn** – der zentral für die Verringerung der Entgeltlücke ist – wurde die Weichen bereits neu gestellt:

Auch wenn wir uns eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15,00 Euro die Stunde gewünscht hätten, ist es gut, dass die **Mindestlohnkommission** Ende Juni eine konstruktive Lösung gefunden und sich auf eine Steigerung in zwei Stufen auf 14,60 Euro einigen konnte.

Der **Gewaltschutz von Frauen** war ein weiteres Kernthema unserer Anforderungen an die Parteien zur Bundestagswahl.

Hier haben sich die Koalitionäre vieles vorgenommen, aber: der Rechtsanspruch im Gewalthilfegesetz wird erst im Jahr 2032 umgesetzt!

Liebe Frauen, in Deutschland passiert fast jeden Tag ein Femizid!  
2032 heißt das: mehr als 2.000 getötete Frauen, die von der Politik  
billigend in Kauf genommen werden!

Eine Chance könnte die **Ergänzung des Bundesministeriums für  
Familie, Senioren, Frauen und Jugend um das Bildungsressort**  
bieten.

Endlich können **Kitaausbau und Ganzttag in Grundschulen** als  
Instrument zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aus der  
Perspektive der frühkindlichen Bildung und als Mittel zur Umsetzung  
von Chancengleichheit massiv vorangetrieben werden.

Damit wäre die gesamte Basis gelegt, dank der unser Land jetzt und in Zukunft auf Fachkräfte zurückgreifen kann.

Dafür müssen aber auch die **betrieblichen Gegebenheiten** stimmen.

Stichwort: **Arbeitszeiten, die zum Leben passen.**

Und genau hier beginnen die **Differenzen** zwischen unseren gleichstellungspolitischen Ansätzen und den Plänen der Koalitionäre:

Denn die wollen nicht weniger als den **8-Stunden-Tag abschaffen.**

Mir ist völlig unverständlich, wie man auf die Idee kommen kann, dass der **Verzicht auf die Tageshöchst Arbeitszeit** die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Das Gegenteil ist der Fall!

Wenn **Arbeitszeiten von bis zu 13 Stunden täglich drohen** und überlange Arbeitstage zum Standard werden, sind Familie und Beruf noch schwerer in Einklang zu bringen.

Statt steuerfreier Überstundenzuschläge und einer Aufweichung des 8-Stunden-Tages brauchen wir eine Debatte, wie wir Frauen rausbekommen aus der **Minijobfalle und der Sackgasse unfreiwilliger Teilzeitarbeit!** Und vor allem: Wie die **Sorgearbeit endlich geschlechtergerecht verteilt** wird! Doch dazu schweigt der Koalitionsvertrag leider.

Liebe Kolleg\*innen,

unsere **DGB-Bezirksfrauenkonferenzen** und die **DGB-**

**Bundesfrauenkonferenz** stehen unter dem **Motto Mehrwert**

**Gleichstellung**. Zwar müssen wir die Gleichstellung der Geschlechter eigentlich nicht begründen. Aber wir können es!

Die **Kosten der Untätigkeit** sind hoch. Gäbe es beispielsweise

bedarfsdeckende Angebote für Kinderbetreuung und mehr

Unterstützung bei der häuslichen Pflege, könnten bis zum Jahr 2030 –

so die Berechnung des Ökonomen Tom Krebs – **600.000**

**Vollzeitäquivalente in der Frauenerwerbstätigkeit** entstehen.

Das Bruttoinlandsprodukt würde um jährlich 60 Milliarden Euro oder 1,5 Prozent steigen. Die wirtschaftlichen Kosten gleichstellungspolitischer Untätigkeit sind also enorm!

Es ist unsere Aufgabe, in den nächsten Jahren argumentativ zu überzeugen und uns in die ökonomischen Debatten einzubringen.

Das **Sondervermögen für Infrastruktur in Bund, Ländern und Kommunen** ist so zu investieren, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern vorangetrieben wird!

Denn die **Folgen eines Backlash** wären gesellschaftlich wie ökonomisch fatal für unser Land!

Liebe Kolleg\*innen,

dem rechten Zeitgeist und männlicher Dominanz müssen wir **unseren klaren gleichstellungspolitischen Kompass** entgegensetzen! Das bedeutet, die notwendige Überzeugungsarbeit zu leisten und das Gespräch mit allen demokratischen Kräften zu suchen.

Dazu sind die **DGB-Bezirksfrauenkonferenzen** im Vorfeld der DGB-Bundesfrauenkonferenz eine großartige Gelegenheit.

Heute richtet ihr den gleichstellungspolitischen Kompass für den Bezirk Berlin-Brandenburg mit euren Anträgen und Positionen neu aus. Der „**Antrag gegen den Berliner Kürzungshaushalt**“ zeigt leider wieder: Werden die Zeiten schwieriger, stehen frauen- und gleichstellungspolitische Themen mit als erstes zur Disposition. Noch immer wurde nicht verstanden, dass nur eine geschlechtergerechte Politik den Weg in eine gute Zukunft weist.

Und welche Weichenstellungen dafür genau erforderlich sind, formuliert ihr mit eurem Antrag „**Für eine geschlechtergerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik in Berlin und Brandenburg**“.

Liebe Kolleg\*innen,

in den vergangenen vier Jahren habt ihr eine großartige politische Arbeit geleistet und die Gewerkschaftsbewegung vorangebracht. **Ich danke auch für eurer Engagement!**

Ein ganz besonderer Dank geht an eure **Bezirksfrauensekretärin Anna-Katharina Dietrich und ihre Assistentin Samantha Hanke** für die hervorragende Organisation dieser Konferenz.

Ich habe – wie schon vor vier Jahren – fast alle Bezirksfrauenkonferenzen besucht. Ihr bildet heute in Berlin-Brandenburg den Abschluss. Und was soll man sagen? Überall wird gegen den Backlash gekämpft.

Seit Beginn meiner Reise zu den Bezirksfrauenkonferenzen im Mai sind noch einige Rückschläge hinzugekommen:

Da sind zum Beispiel die deutschen Unternehmen mit starker Präsenz auf dem US-Markt, die auf Druck des amerikanischen Präsidenten auch hierzulande ihre **Programme für Geschlechtervielfalt und Frauenförderung einstellen**. Da ist aber auch die **Dienstanweisung für des BMBFSFJ**, die Gendersprache in Zukunft verbietet.

Oder da ist eine Bundestagspräsidentin, die zum diesjährigen **Christopher-Street-Day** die Regenbogenflagge nicht mehr auf dem Reichstagsgebäude hissen wird und damit ein wirklich fatales Signal sendet.

Liebe Kolleg\*innen,

bei uns flattert die Regenbogenflagge schon seit einigen Wochen hier vor unserem DGB-Gebäude im Wind. Sie sendet ein Signal für Toleranz, Vielfalt, Solidarität und gegen Diskriminierung. Und das wird auch im nächsten Jahr so sein!

Wir haben unseren unverrückbaren gewerkschaftlichen Wertekanon und politisch hängen wir unsere Fahne sicher nicht nach dem Wind, der gerade aufzieht!

Deswegen rufe ich euch zu:

Macht euch stark mit uns! **Because it's 2025!**

Vielen Dank.